

Svizzera - Schweiz - Suisse - Svizzera - Schweiz - Suisse - Svizzera

Car l'Etat du Valais entend - le décret entrera en vigueur en janvier 1976 - allouer des subventions d'exploitation aux organisations médico-sociales et sociales polyvalentes créées par les communes dans le cadre des régions sanitaires en prenant en charge 50 pour cent de l'excédent des dépenses reconnues, 50 pour cent devant être pris en charge par l'ensemble des communes de la région.

Le service de la santé publique a élaboré un plan qui prévoit la couverture totale du canton pour 1986 au plus tard. Une fois terminée, l'organisation médico-sociale coûterait quelques 5 millions de francs.

Mais la députée Françoise Vannay veut aller plus loin encore et c'est la raison pour laquelle elle a déposé un postulat qui a été accepté par le Conseil d'Etat. Il vise à obliger les caisses maladies à verser - comme on le fait pour l'hospitalisation - un forfait aux malades traités à domicile. Puisque les soins à domicile évitent l'hospitalisation, il est normal que les caisses maladies contribuent à leur financement. En acceptant ce postulat, le Conseil d'Etat subordonnera les subventions qu'il alloue aux caisses à la condition du versement du forfait à domicile.

(24 Heures, 17.12.1975)

Kanton Zürich

ZUWENIG HAUSEESUCHE DURCH PRAKTIZIERENDE AERZTE IM KANTON

Auch nach Ansicht der Regierung ist die Zahl der allgemein praktizierenden Hausärzte und der ärztlichen Hausbesuche im Kanton zu gering. Dies erklärte Gesundheitsdirektor Peter Wiederkehr in seiner Antwort auf eine Interpellation von Hans Georg Lüchinger (fdp., Wettswil). Von den 1249 Aerzten, die 1974 tätig waren, arbeiteten lediglich 438 - also rund ein Drittel - als Allgemeinpraktiker.

Mit dem Interpellanten ist die Regierung der Meinung, die Hausbesuche müssten auch in Zukunft garantiert bleiben und es sei wünschenswert, die Zahl der allgemein praktizierenden Aerzte zu erhöhen. Hausbesuche helfen oft, Spitalweisungen zu vermeiden oder den Spitalaufenthalt zu verkürzen. Zu den Massnahmen, die von seiten der Regierung geplant sind, äusserte sich Regierungsrat Wiederkehr unter anderem wie folgt:

"Um die hausärztliche Versorgung zu verbessern, sind zahlreiche Massnahmen zu treffen. Der Regierungsrat wird bei deren Verwirklichung im Rahmen seiner Möglichkeiten mithelfen. An solchen Massnahmen sind zu nennen:

Schweiz - Suisse - Svizzera - Schweiz - Suisse - Svizzera

- Die Ausbildung von Allgemeinpraktikern muss intensiviert und verbessert werden. Die Aerzteschaft nimmt sich selbst dieser Aufgabe an. Sie hat eine wissenschaftliche Untersuchung über die Ursachen des prozentualen Rückgangs der Allgemeinpraktiker in Auftrag gegeben. Die Arbeit ist im Herbst 1975 abgeschlossen worden; ihre Ergebnisse werden zurzeit zu konkreten Vorschlägen ausgewertet. Der Regierungsrat wird bei der Verwirklichung dieser Vorschläge mithelfen.
- Der Beruf des Allgemeinpraktikers muss den Studierenden nähergebracht werden. Die Medizinische Fakultät hat deshalb damit begonnen, zum klinischen Unterricht vermehrt praktische Aerzte heranzuziehen. Ferner ist in Zusammenarbeit mit der Aerztegesellschaft neu eingeführt worden, bereits vom ersten Studienjahr an Gruppen von Medizinstudenten einmal monatlich an einem Abend in die Praxis eines Hausarztes einzuladen.
- Durch den Aerztekataster soll aufgezeigt werden, wo im Kantonsgebiet Allgemeinpraktiker benötigt werden und Arbeitsmöglichkeiten bestehen. Die Aerztegesellschaft hat die Ausarbeitung eines solchen Katasters an die Hand genommen.
- Die Information der Bevölkerung muss verbessert werden. Die Aerztegesellschaft hat eine eigene Informationsstelle geschaffen.
- Die Honorierung der Hausbesuche wird erhöht werden. Nach einem mehr als 10jährigen vertragslosen Zustand im Kanton Zürich stehen Aerzte und Kassen vor dem Abschluss eines Vertrages. Darin wird ein neuer Tarif enthalten sein, der ursprünglich von den Aerzten aufgestellt und dann von beiden Parteien überarbeitet worden ist. Gesamthaft soll er keine Verteuerung der Arztleistungen bewirken.
- Wo ein akuter Aerztemangel besteht, patentiert die Gesundheitsdirektion Allgemeinpraktiker mit ausländischem Arztdiplom. Sie verpflichtet diese Aerzte zur Führung einer Allgemeinpraxis. Bis heute wurden 26 Allgemeinpraktiker mit ausländischem Diplom in den am schlechtesten versorgten Kantonsteilen eingesetzt. Zusätzlich zu diesen Massnahmen wird vermutlich auch die Zunahme der Medizinstudenten zu einem vermehrten Interesse für die Allgemeinpraxis und damit zu einer grösseren Zahl von Allgemeinpraktikern führen."

Diskussion

Frau Grendelmeier (ldu., Zürich) wendet sich gegen das falsche Prestigedenken innerhalb der Aerzteschaft. Auch die Allgemeinpraxis erfordert heute eine spezifische Ausbildung. Der Arzt Fischer (cyp., Wetzikon) will nicht als Standesvertreter

Svizzera - Schweiz - Suisse - Svizzera - Schweiz - Suisse -

sprechen, wenn er festhält, dass Hausbesuche zu jeder ärztlichen Tätigkeit gehören. Die Ausbildung der Allgemeinpraktiker soll an Bezirks- und Regionalspitälern erfolgen. Die Kliniken sind im übrigen heute anonym; so gibt es eine gewisse Angst der jungen Mediziner, in die Praxis hinaus zu gehen und Verantwortung zu übernehmen. Dazu kommt noch die verhältnismässig unregelmässige Arbeitszeit in der Allgemeinpraxis.

Frau von Rechenberg (Zürich) zweifelt an den Angaben der Aerztegesellschaft. Die Vorschriften betreffend ausländische Aerzte bezeichnet sie als Schikane. Hess (fdp., Küsnacht) vermisst unter den Massnahmen die Lenkungsmöglichkeit des Staates bei der Vergebung der Assistenzstellen.

Bautz (poch., Zürich) spricht von einer Misere im Gesundheitswesen; dieser Vorstoss hat nur Alibi charakter, denn er kommt von einem Interessevertreter. Es fehlen Quartierkliniken als wichtige Massnahme. Nach Nigg (cvp., Zürich) fehlt der Arzt in der Praxis, wenn er Hausbesuche macht. Gottschall (evp., Winterthur) erwähnt neben dem Arztproblem das Patientenproblem beim Herstellen eines Vertrauensverhältnisses vor allem in städtischen Verhältnissen. Dort sind immer mehr Internisten als eigentliche Hausärzte tätig.

Nach Herzog (poch., Zürich) ergänzen Polikliniken in den Quartieren nur die Versorgung mit Privatärzten, sie ersetzen sie nicht. Er findet die Forderung nach dem Numerus clausus an der Medizinischen Fakultät und gleichzeitig die Forderung nach mehr Aerzten widersprüchlich. Bei der Frage der Hausbesuche handelt es sich um eine strukturelle Problematik. Der Privatarzt ist beispielsweise darauf angewiesen, eine gewisse Rendite zu erzielen.

Lüchinger (fdp., Wettswil) ist von der Antwort der Regierung befriedigt. Gegenüber Bautz wehrt er sich, er sei kein Interessenvertreter und sei auch in keinem entsprechenden Gremium tätig. Bachofner (Zürich) hält den Vertrag mit der Aerzteschaft, der vor zehn Jahren aufgehoben worden ist, für skandalös und nicht den seither herrschenden vertragslosen Zustand.

Gesundheitsdirektor Wiederkehr hält einen Lehrstuhl für Allgemeinpraktiker für ungeeignet. Die Untersuchungen der Aerztegesellschaft sind in diesem Fall glaubwürdig, denn sie kann für ihre Ergebnisse Beweise antreten. Quartierkliniken sind wegen des Kostenanfalls und wegen der wichtigen persönlichen Beziehung Arzt-Patient unerwünscht.

(Tages-Anzeiger, 23.3.1976)